

Eine LMU-Professorin hat Frauen mit geringen Renten porträtiert – ein Interview über die Ursachen von Altersarmut und den Alltag der Betroffenen

Frau Götz, Ihr Buch „Kein Ruhestand“ hat viel Medienecho erhalten. 2015, als Sie Ihr Projekt zu Altersarmut starteten, war das Thema noch nicht so präsent. Was war damals der Ausgangspunkt Ihrer Forschung?

IRENE GÖTZ: Am Anfang unseres Projekts stand ein Widerspruch: Man erkennt Altersarme in der Öffentlichkeit nur ausnahmsweise, aber die Statistiken zeigen, dass bis zu zwei Drittel der Rentnerinnen in Bayern armutsgefährdet sind, also weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens haben. Ich habe mich gefragt: Wo sind sie? Und: Wie kommt man mit einer Rente zurecht, die für Frauen bei durchschnittlich unter 700 Euro liegt?

INTERVIEW mit Irene Götz



Foto: LMU

Sie ist Professorin am Institut für Empirische Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie der LMU.

Sie haben Rentnerinnen in München befragt. Wie gehen sie mit ihrer Situation um?

Viele Frauen müssen arbeiten, haben aber einen Körper, der das kaum noch mitmacht. Das gilt nicht nur für Altenpflegerinnen, die aufgrund der körperlichen Belastung in diesem Beruf oft gar nicht bis zur offiziellen Rentengrenze arbeiten können und frühverrentet werden. Es trifft auch auf Kassiererinnen zu, die im Supermarkt ihre Knochen verschleifen. Eine unserer Gesprächspartnerinnen wäre gerne länger in ihrem Beruf als Versicherungsangestellte geblieben, was aber wiederum wegen der relativ fixen Renteneintrittsgrenze nicht möglich war. Sie macht nun abends in einem Callcenter auf Minijobbasis Kundenakquise und hat Angst, was wird, wenn sie das nicht mehr



Zu viel fürs Amt, zu wenig zum Leben: Vor allem vielen alleinstehenden Frauen reicht die gesetzliche Rente nicht.

Foto: imago

„Mit 70 findest du nichts mehr“

schafft. Denn sie gehört zu der Gruppe von Älteren, die zu viel Rente haben, um Anspruch auf Grundsicherung zu haben, mit der sie ihre Rente aufstocken könnten, aber zu wenig, um in München zu leben. **In vielen Berufen wird eine gewisse Jugend erwartet.** Eine unserer Interviewpartnerinnen, eine Kosmetikerin, hat gesagt: Mit 70 findest du nichts mehr, höchstens auf der Hinterbühne, wo einen keiner sieht. Die Älteren sind irgendwann in die Jobs verbannt, wo sie sich körperlich verausgaben müssen, Pakete tragen und Regale einräumen. Die sozialen Unterschiede verstärken sich im Alter noch mal.

Woran liegt das? Wer gut qualifiziert und in der Wissensarbeit, am besten selbstständig, tätig ist, kann eher im alten Beruf weiterarbeiten. Therapeu-

tinnen oder Ärztinnen etwa. Aber in der Regel werden Angestellte mit mittlerem Einkommen einfach verrentet und finden dann nur schwer Arbeit, die für sie noch machbar ist. Außerdem ist der Arbeitsmarkt bei uns sehr unflexibel. In einer alternden Gesellschaft müssen auch die Arbeitgeber versuchen, ältere Arbeitskräfte länger zu halten. Wenn man Ältere nur noch aufs Abstellgleis schiebt, wo sie sich auf die Rente so früh wie möglich freuen oder aber vor den entsprechenden Geldeinbußen fürchten, funktioniert das nicht.

Es gibt doch die Flexirente.

Sie erleichtert es, länger zu arbeiten, aber auch davon profitieren meistens nur die Besserverdienenden.

Wer zu verbräutet ist durch die Erwerbsarbeit, insbesondere Frauen im Bereich der Pflege, geht gezwun-

genmaßen in Frührente und nimmt Abschläge im Alterseinkommen hin.

Die von Ihnen porträtierten Frauen haben sehr unterschiedliche Lebensläufe. Warum enden dennoch alle in Altersarmut?

Fast keine Frau, die alleine in einem Haushalt wirtschaftet, kommt mit ihrer Altersrente zurecht. Das trifft auch Frauen aus dem bürgerlichen Milieu. Das Rentenniveau ist in den vergangenen 20 Jahren strukturell abgesenkt worden. Heutige Neurentner bekommen deutlich weniger als Rentner vor 30 Jahren. Wenn eine Versicherungsangestellte oder eine Altenpflegerin es wirklich schaffen sollten, 45 Jahre durchzuarbeiten, haben sie bei einem mittleren Einkommen eine Durchschnittsrente von vielleicht 1300 Euro.

In München liegt die Armutsgefährdungsschwelle aber schon bei 1350 Euro.

Das braucht man, um hier halbwegs über die Runden zu kommen. Natürlich ist es ein Unterschied, ob ich 300 oder 1300 Euro bekomme. Aber wer nur

eine Rente von 300 Euro hat, geht, wenn er davon weiß, und sich nicht zu sehr schämt, zum Sozialamt, um Grundsicherung zu beantragen, damit kommt man auf etwas mehr als 1100 Euro. Das kann eine Rentnerin, die 1300 Euro erhält, nicht. Alter macht die sozialen Unterschiede zwar noch krasser, zum anderen nivelliert es sie aber auch in Bezug auf die begrenzten finanziellen Möglichkeiten, weiter am Leben in einer teuren Stadt teilzuhaben.

„Die Frauen sagen nicht mal den Kindern, wie es ihnen geht“

Nun ist die Senkung des Rentenniveaus nichts Neues. Was es nicht abzusehen, dass dies zu Altersarmut führen wird?

Die jetzige Rentnergeneration konnte das so nicht abschätzen. Denken Sie an die Aussage von Norbert Blum: Die Renten sind sicher. Sie sind ja auch sicher, aber nicht mehr auskömmlich. Man kann niemandem die Schuld geben, nach

dem Motto: Ihr habt nicht aufgepasst. Die Einzelnen konnten es lange nicht wissen, dass es so für sie ausgehen wird, weil sich die Spielregeln einfach zwischendurch geändert haben, als die Rente auf inzwischen 48 Prozent abgesenkt wurde. Wer jetzt 50 oder 60 ist, weiß es, weil seit 20 Jahren zusätzliche private Vorsorge politisch propagiert wird. Aber für die Älteren war es bereits oft zu spät, um ausreichend vorzusorgen, vor allem, wenn man den Spielraum dafür nicht hatte. Die jetzigen Neurentnerinnen und -rentner sind wirklich benachteiligt, und die Geringverdiener auch, weil sie es nicht schaffen, etwas beiseite zu legen. Sicher hat die Politik das Problem auch verschlafen. **Wie gehen die Porträtierten mit ihrer Situation um?**

Ein wichtiger Befund war die Scham der Betroffenen. Die Frauen sagen oft nicht einmal den eigenen Kindern, wie es ihnen geht. Es gibt eine Generationsspezifika im Umgang mit Altersarmut, die sich sicherlich mit einer Genderspezifika mischt. Frauen, die jetzt in Rente sind, sind die Kriegs- und Nachkriegskinder. Sie legen eine Bescheidenheit an den Tag, haben sich immer sehr zurückgenommen und ihr Hauptbedürfnis war und ist es, den Kindern und Enkelkindern etwas geben zu können. Sie haben auch gelernt, mit wenig zurechtzukommen, und verfügen über hauswirtschaftliches Wissen, etwa des sparsamen Kochens oder des Flickens. Das hilft, um im Alter mit Mangel zu leben.

Es gibt aber auch große soziale Unterschiede.

Frauen aus den bürgerlichen Milieus können Altersarmut häufig durch ihre Netzwerke besser kompensieren. Eine unserer Gesprächspartnerinnen, eine ehemalige Musikalienhändlerin, die Grundsicherung erhält, sagt: Ich fühle mich nicht arm. Allerdings geht es ihr nicht wirklich gut, sie hat viele Auflagen durch das Sozialamt und wird jedes Jahr überprüft – das empfinden manche als ein Durchleuchtetwerden, fast als Schikane – und sie hat Angst, dass eine Mieterhöhung kommen könnte.

Es ist also eine latente Bedrohung da?

Jede Nebenkostenabrechnung ist ein Problem, eine Mieterhöhung sowieso. Grundsicherung macht unfrei.

Interview: Nicola Holzapfel

„Kein Ruhestand. Wie Frauen mit Altersarmut umgehen“ (280 Seiten; 20 Euro) von Irene Götz ist erschienen im Antje Kunstmann Verlag.



WIRTSCHAFT kompakt

○ Schweinefleisch wird teurer

DÜSSELDORF Ausgerechnet zur Grillseason wird Schweinefleisch wohl teurer. Die Erzeugerpreise für Schlachtschweine seien in den vergangenen Monaten um rund 30 Prozent gestiegen – um 43 Cent auf 1,80 Euro pro Kilogramm, sagte Mechthild Cloppenburg von der Agrarmarkt-Informationsgesellschaft (AMI). Ein solcher Anstieg schlage erfahrungsgemäß auch auf die Endverbraucherpreise durch. Einer der Hauptgründe für die Entwicklung ist laut AMI der durch die Afrikanische Schweinepest verursachte starke Rückgang in der chinesischen Schweineproduktion. China muss deshalb weltweit im großen Stil Schweinefleisch zukaufen.

○ Trump-Aufschub bei Autozöllen

WASHINGTON US-Präsident Donald Trump will erst in etwa einem halben Jahr über mögliche Sonderzölle auf Autoimporte unter anderem aus der EU entscheiden. Der Aufschub gelte für 180 Tage, heißt es in einer am Freitag veröffentlichten Proklamation des Präsidenten. Ursprünglich wollte Trump bis spätestens 18. Mai über höhere Abgaben auf

Betriebsrente: Druck auf Merkel steigt

Die Kanzlerin bremst eine Entlastung weiter aus – Grüne und SPD präsentieren Lösungen

Es ist ein Ringen um Milliarden. Nach der Hiobsbotschaft der aktuellen Steuer-schätzung ist klar: Die Bundesregierung wird wohl nicht alle Wünsche und Projekte von CDU, CSU und SPD realisieren können. Stattdessen hat Kassenwart Olaf Scholz (SPD) eine Lücke von 10,5 Milliarden Euro in der Finanzplanung bis 2023 zu schließen (AZ berichtete). Was kann und was will sich die Regierung noch leisten?

2,5 Milliarden Euro pro Jahr. Hier hat Kanzlerin Angela Merkel (CDU) aber bereits gebremst: Bevor solche Projekte diskutiert würden, sollten erstmal im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben angegangen werden.

Jetzt erhöht die SPD den Druck auf die Kanzlerin. „Wir fordern, die Entlastung der Betriebsrentner nun endlich in die Tat umzusetzen“, sagte Sabine Dittmar, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundtagsfraktion, am Freitag der AZ. „Dieses Vorhaben ist angesichts der guten finanziellen

setzbar.“ Zukünftig soll laut Dittmar nur der halbe Beitragssatz auf Betriebsrenten erhoben und ein Freibetrag eingeführt werden. Sie appelliert an CDU und CSU, eine gemeinsame Position zu finden. „Die Union sendet widersprüchliche Signale: Teile fordern eine Entlastung, Kanzlerin Merkel lehnt sie ab“, sagte Dittmar.

Auch die Grünen sehen die GroKo unter Zugzwang – und fordern von der Regierung, dass sich das „unwürdige Chaos bei der Grundrente“ nicht in einer anderen rentenpolitischen Frage wiederholen dürfe, wie der

AZ sagte. „Eine Halbierung des Beitragssatzes wäre wünschenswert“, meinte Kurth, dem ein „tragfähiges Finanzierungs-konzept“ fehlt. Auch Kurth plädiert dafür, einen steuerfinanzierten Freibetrag einzuführen. „Dieser sollte beitragsfrei sein und kleine Betriebsrenten gezielt entlasten.“

Unions-Mittelstandspolitiker setzen ebenfalls auf einen Freibetrag. „Entweder halbieren wir die Beiträge in der Auszahlungsphase, oder wir wandeln die derzeitige Freigrenze von rund 152 Euro in einen Freibetrag um“, meinte der Chef der Mittelstandsvereinigung von CDU, CSU, Carsten Linow.